

GESCHICHTE DER GRÜNEN LANDTAGSFRAKTION IN NIEDERSACHSEN



Inhalt

1. Grüne Wurzeln	3
2. Gründung der Umweltschutzpartei Niedersachsen 1977	3
3. Gründung der Grünen Liste Umweltschutz 1977	4
4. Erste Teilnahme an Landtagswahlen 1978	4
5. 1979 Gründung der „Sonstigen Politischen Vereinigung Die Grünen“	5
6. Gründung der Grünen in Niedersachsen 1979	5
7. Gründung der Bundespartei Die Grünen und Bundestagswahl 1980	6
8. Erste Grüne im Landtag 1982-1986	7
9. Grüne auf dem Sprung 1986-1990	9
10. Deutsche Wiedervereinigung, Bündnis 90/Die Grünen 1993	10
11. Grün regiert in Niedersachsen 1990-1994	11
12. Opposition gegen Schröder 1994-1998	15
13. Ein neuer Anlauf 1998-2003	17
14. Augen auf und durch: 2003 - 2008	20
15. Grüne im Aufwind: Landtagswahl 2008	23
16. Rot-Grün regiert wieder: Landtagswahl 2013	27
17. Quellen	33

Anmerkung der Redaktion:

Dies ist eine **illustrierte Textversion** zur Geschichte der Grünen Landtagsfraktion in Niedersachsen. Aufgrund der interessanten Vorgeschichte der Grünen Landtagsfraktion haben wir auch die Entstehungsphase der Grünen bis zum Einzug ins Landesparlament kurz dargestellt.

Für Vorträge haben wir parallel hierzu eine **PowerPoint-Version** erstellt.

Die Landtagsfraktion präsentiert zudem eine großformatige **Ausstellung** ihrer Geschichte im Fraktionssitzungssaal.

Text:

Jessica Fink (Praktikantin) und Jonny Peter (Referent für Öffentlichkeitsarbeit),

1. Fassung Oktober 2002, sowie zahlreiche PraktikantInnen, ständige Überarbeitung, letzte Aktualisierung Juni 2016

1. Grüne Wurzeln

Die Grünen sind Erben des politischen Protests seit 1968. Damals bildete sich in Westdeutschland die **Außerparlamentarische Opposition**, die eine Vorgängerbewegung der Alternativbewegung und ihrer politischen Vertretung - den bunten und alternativen Listen - war.

Anfang der siebziger Jahre entwickelten sich die **Neuen Sozialen Bewegungen**, von denen sich vor allem die **Ökologie- und Anti-Atomkraft-Bewegung**, die **Alternativbewegung**, die **Friedens- und die Frauenbewegung** an der Bildung grüner Listen beteiligten. In den grünen Listen vereinten sich Menschen unterschiedlichster politischer Herkunft. Die Spannweite umfasste konservative, liberale, radikaldemokratische, antikapitalistische, sozialistische, kommunistische und andere politische Tendenzen.

Niedersachsen ist in gewisser Hinsicht „grünes Stammland“. Hier bildeten sich nach Schleswig-Holstein die ersten grünen Listen auf lokaler Ebene.

In Niedersachsen entstanden 1976 mehrere Bürgerinitiativen, als der Plan für eine zentrale Atommüllwiederaufbereitungsanlage und Endlagerstätte bekannt wurde. Nachdem sich bei Großdemonstrationen der **Anti-Atomkraft-Bewegung** in Gorleben und Grohnde die Grenzen außerparlamentarischen Protests abgezeichnet hatten, schlossen sich viele Akteure dieses politischen Protests in einer Partei zusammen.

2. Gründung der Umweltschutzpartei Niedersachsen (USP) 1977

Am 11. Mai 1977 wurde in Schwarmstedt durch **Oberregierungsrat Carl Beddermann** (damals 35 Jahre) die **Umweltschutzpartei Niedersachsen (USP)** gegründet. Die Kreisverbände der USP entstanden vor allem im ländlichen Raum - oft im Umfeld von geplanten Atomanlagen: in Fallingb., Uelzen, Hannover-Land, Osterholz-Scharmbeck, Hildesheim, Wilhelmshaven und Hameln.

3. Gründung der Grünen Liste Umweltschutz GLU 1977

Der Kreisverband der USP in Hildesheim beteiligte sich an den vorgezogenen **Kreis- tagswahlen am 23. Oktober 1977** als eigene kommunale Wählergruppe mit dem Namen **Grüne Liste Umweltschutz (GLU)**. Die GLU erreichte **1,2% der Stimmen**. Erstmals zog ein Kandidat der GLU in ein Parlament ein. Am 16.11.1977 gründete man dann in Niedersachsen **eine Partei mit dem Namen GLU**. Geplant war eine traditionelle Partei mit begrenztem Programm: Abschaffung der Kernenergie, Stärkung von Umwelt- und Naturschutz, mehr Demokratie, Dezentralisierung. Vorsitzender der GLU wurde Carl Beddermann.

Im Hinblick auf die Landtagswahl in Niedersachsen 1978 meldete Beddermann die Partei im Dezember 1977 beim niedersächsischen Wahlleiter und beim Bundeswahlleiter an. Die GLU wollte ihre Tätigkeit zwar zunächst auf die Landesebene beschränken, schloss jedoch eine bundesweite Organisation nicht aus.

4. Erste Teilnahme an Landtagswahlen 1978

Als Resultat eines professionell organisierten Gründungsprozesses im Vorfeld der Landtagswahlen verfügte die GLU 1978 bereits über 1.500 Mitglieder und war in allen Landkreisen vertreten.

Bei der **Landtagswahl in Niedersachsen am 4. Juni 1978** erreichte die GLU **3,9% der Stimmen**.

Nach diesem Wahlerfolg kam es verstärkt zu einem **Streit um den Kurs der GLU**. Im Juli 1978 trat Carl Beddermann wegen nicht erfolgter Distanzierung zu bunten und alternativen Listen als **Vorsitzender** zurück.

In der Folgezeit wurde die GLU Niedersachsen Schritt für Schritt umgebaut und zur wichtigsten Vorgängerorganisation einer sich andeutenden neuen Bundespartei.



5. 1979 Gründung der „Sonstigen Politischen Vereinigung Die Grünen“ (SPV) 1979

Die GLU beteiligte sich zusammen mit den in Niedersachsen aktiven Parteien **Grüne Aktion Zukunft (GAZ)** und **Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)** an der **Europawahl 1979**. Man gründete zunächst keine Partei, sondern die „**Sonstige Politische Vereinigung (SPV) Die Grünen**“, um zu zeigen, dass der Verschmelzungsprozess der beteiligten Parteien nicht abgeschlossen und endgültig war. Die bundesweite Gründungsversammlung fand am 17. März 1979 in Frankfurt statt. Hier wurde erstmals der Grundkonsens „ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei“ formuliert. Bei der Europawahl am 10. Juni 1979 erhielt die SPV Die Grünen **3,2% der Stimmen**. Da dies auch für den baldigen Einzug in den Bundestag nicht ausreichte, verhandelte man von nun an verstärkt mit den bunten Listen über die Gründung einer Bundespartei mit breiter Akzeptanz.

6. Gründung der Grünen in Niedersachsen 1979

Bereits vor der Gründung der grünen Bundespartei wurde in Niedersachsen ein Landesverband der Grünen gegründet. Die **Gründungsversammlung** fand am **9. Dezember 1979 in Hannover** statt. Mit der Gründung der Grünen auf Landesebene ist die GLU in den Grünen aufgegangen.

Der grüne Landesverband bestand zunächst vor allem aus GLU-Mitgliedern und war organisatorisch und inhaltlich eine Fortführung der GLU.



7. Gründung der Bundespartei Die Grünen

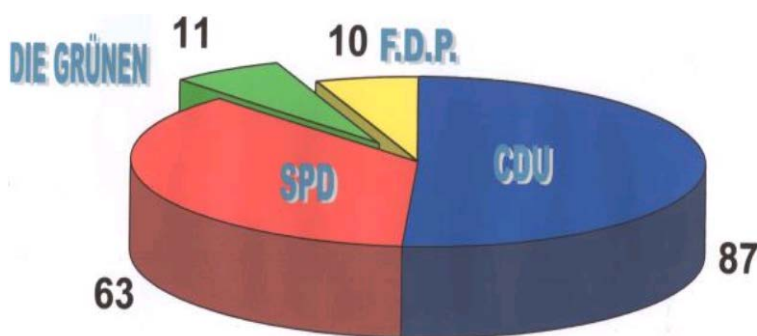
Am **13. Januar 1980** wurde in **Karlsruhe** die **Bundespartei „Die Grünen“** **gegründet**. Die Grünen waren im Gegensatz zur GLU bundesweit organisiert, eindeutig links orientiert und vertraten sowohl grüne (ökologische) als auch bunte (alternative) Positionen. Am 23. März 1980 verabschiedete die neue Partei in Saarbrücken ihr **Programm**. Mit der **Bundesversammlung in Dortmund** am 21. Juni 1980 war der Gründungsprozess der Grünen beendet.

Zur **Bundestagswahl am 5. Oktober 1980** traten Die Grünen erstmals bundesweit an und erhielten **1,5% der Stimmen**. In Niedersachsen bekamen sie 1,6% der Stimmen.



8. Erste Grüne im Landtag 1982-1986

Niedersachsen gehörte neben Hessen und Baden-Württemberg zu den ersten drei Flächenstaaten, in denen die Grünen frühzeitig im Landesparlament vertreten waren. Bei der **Landtagswahl 1982** erreichten die Grünen **6,5% der Stimmen** und zogen mit elf Abgeordneten erstmals in den Landtag Niedersachsen ein. Der ersten Landtagsfraktion gehörten unter anderem Helmut Lippelt, der schon in der GLU eine wichtige Rolle spielte, Charlotte Garbe, Martin Mombaur und Helmut Neddermeyer an. Die absolute Mehrheit erreichte die CDU unter Ministerpräsident Ernst Albrecht.



Mit dem Einzug der Grünen in den Landtag begann auch der parlamentarische Kampf um das Atomlager Gorleben. Die Mitglieder der grünen Fraktion beschäftigten sich vor allem mit Umweltthemen und Skandalen der Landesregierung.

Ein wichtiges Thema der Grünen wurde die **Rotation**: Laut Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz sollten zur Mitte der Legislaturperiode alle grünen Abgeordneten per Rotation ausscheiden und durch Nachrücker ersetzt werden. Landtagspräsident Brandes von der CDU weigerte sich, die Rotation der Grünen zu akzeptieren und führte einen Prozess beim Staatsgerichtshof. Dieser entschied zu Gunsten der Grünen.

Fünf der elf Abgeordneten rotierten dann auch. Zu den Nachrückern gehörte unter anderen **Jürgen Trittin**.



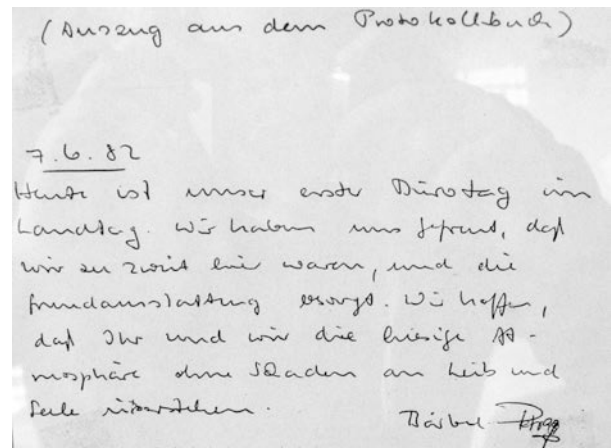
Grösch: Ich will hinausgetragen werden

Aus Protest gegen die absehbare Entscheidung des Landtages, den Mandatsverzicht von fünf Abgeordneten der Grünen nicht zu erlauben, hat der Abgeordnete Rudolf Grösch am Donnerstagabend nach einem Debattenbeitrag das Rednerpult nicht verlassen. Auch nach einer Sitzungsunterbrechung war er nicht dazu zu bewegen, so daß Saaldienste ihn schließlich hinaustrugen. Das Zureden von Parlamentariern anderer Fraktionen, unter ihnen der SPD-Fraktionsvorsitzende Karl Ravens, hatten Grösch nicht umstimmen können. Er sagte: „Wenn ich schon nicht aus dem Landtag darf, dann will ich hinausgetragen werden.“ Grösch wurde für 30 Tage von Landtags- und Ausschusssitzungen ausgeschlossen. r/Aufn.: Heuer

Protest von Rolf Grösch gegen die Blockade der Rotation

HAZ. 9.11.1984

Das große Thema der Grünen war die Auseinandersetzung um das **Atomlager Gorleben**. Sie setzten sich außerdem für den ökologischen Umbau der Gesellschaft sowie für ein Kita-Gesetz in Niedersachsen ein. 1986 wurde das „Celler Loch“ entdeckt: Die Außenmauer des Celler Gefängnisses war mit Wissen des Verfassungsschutzes gesprengt worden in der Absicht, den Verdacht auf die Rote Armee Fraktion/RAF zu lenken.



Abgeordnete und MitarbeiterInnen der ersten Grünen-Landtagsfraktion

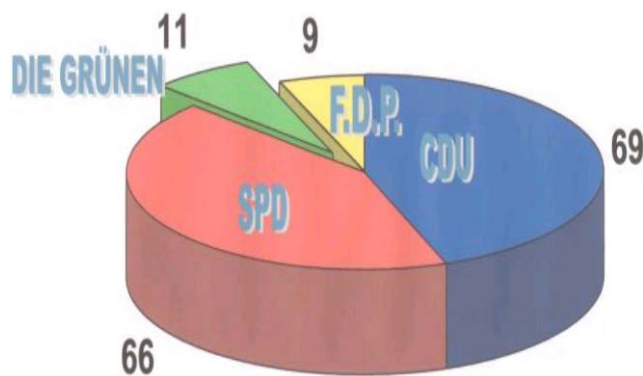
Abgeordnete von links stehend:

Helmut Neddermeyer, Georg Fruck, Charlotte Garbe, Reimar Campen, Helmut Lippelt, Rudolf Grösch, Martin Mombaur, Friedrich Haubold, Dieter Rohloff, Mitarbeiter, Manfred Meinsen, sitzend: Christel Schuran und MitarbeiterInnen

9. Grüne auf dem Sprung 1986-1990

Bei der **Landtagswahl am 15. Juni 1986** erhielten die Grünen mit **7,1% der Stimmen** wieder 11 Sitze im Landtag. Die CDU mit Ministerpräsident Ernst Albrecht erreichte eine knappe Mehrheit zusammen mit der FDP. Von den Ex-Nachrückern war Jürgen Trittin als Landtagsabgeordneter von Anfang an dabei. Andere bekanntere Abgeordnete waren Thea Dückert, Ruth Hammerbacher und Hans Mönninghoff.

Die Grünen entwickelten in dieser Wahlperiode ein Konzept zum ökologischen Umbau in Niedersachsen und legten den Entwurf für ein Kita-Gesetz vor. Um die Rechte und Interessen von Frauen zu stärken, wurde 1986 das **Frauenstatut** verabschiedet,



das den Frauen „die Hälfte der Macht“ einräumte. Seither gilt die **Frauenquote**: alle Parteiorgane sind zu mindestens mit 50% Frauen zu besetzen, die Listen für Parlamentswahlen werden wechselnd mit Frauen und Männern besetzt, wobei der erste Platz immer einer Frau vorbehalten ist.



Abgeordnete der Fraktion 1986- 1990

Von links: vorne: Lore Deppe, Adelheid Schreiner, Uschi Langendorf, Ruth Hammerbacher, Marion Schole. Hinten: Hans Mönninghoff, Hannes Kempmann, Thea Dückert, Horst Schörshusen, Peter Hansen, Jürgen Trittin

10. Deutsche Wiedervereinigung und Vereinigung Bündnis 90/Die Grünen 1993

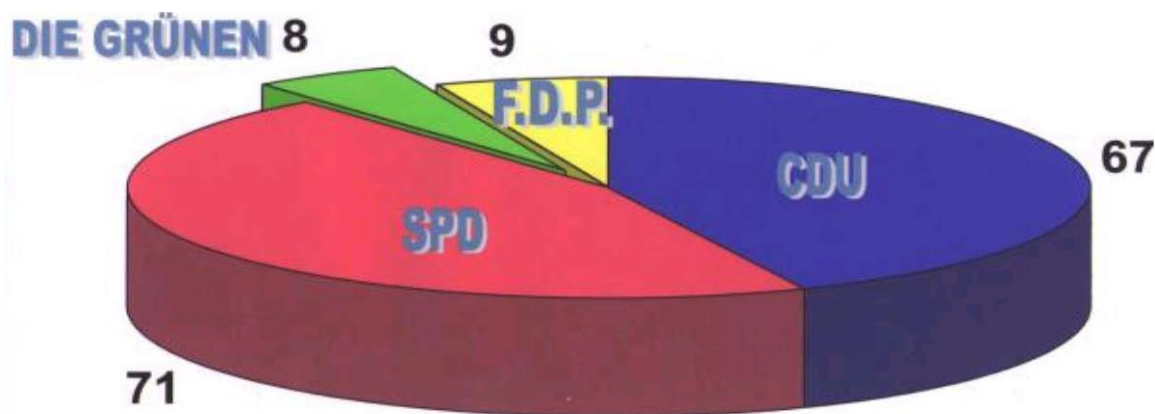
Nach 40 Jahren des SED-Regimes in der DDR wurde am 9. November 1989 die Grenze zur Bundesrepublik geöffnet. Die Grünen diskutierten daraufhin über ihre Haltung zur deutschen Einheit und bestritten den Bundeswahlkampf mit dem Motto: „Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Klima“. Bei der ersten gesamtdeutschen **Bundestagswahl am 2. Dezember 1990** scheiterten Die Grünen im alten Bundesgebiet mit **4,8% der Stimmen** an der Fünf-Prozent-Hürde und kamen nicht in den Bundestag. Allerdings erreichte die Partei **Bündnis 90** in den neuen Bundesländern **6% der Stimmen** und zog mit acht Abgeordneten in den Bundestag ein. In Niedersachsen erhielten **Die Grünen 4,5% der Stimmen** bei dieser Bundestagswahl.

Am 3. Dezember 1990 wurde der **Zusammenschluss der ost- und westdeutschen Grünen** vollzogen.

Nach diesem Zusammenschluss der Grünen erfolgte der Zusammenschluss mit Bündnis 90. Auf einer außerordentlichen Bundesversammlung in Hannover am 16. und 17. Januar 1993 wurde der im November 1992 unterzeichnete **Assoziationsvertrag zwischen Grünen und Bündnis 90** von den Grünen angenommen. Die Delegierten von Bündnis 90, die ebenfalls in Hannover tagten, stimmten dem Vertrag ebenfalls zu. Die Partei Die Grünen gingen unter inhaltlicher Neuorientierung in der **gesamtdeutschen Partei „Bündnis 90/Die Grünen“** auf.

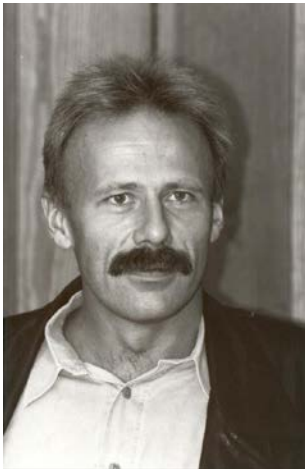
11. Grün regiert in Niedersachsen 1990-1994

Die nächste **Landtagswahl** fand am **13. Mai 1990** statt. Mit **5,5% der Stimmen** reichte es noch für acht Sitze. Allerdings konnten **Koalitionsverhandlungen mit der SPD** geführt und ein Vertrag über Inhalte und Regierungsbe- teiligung ausgehandelt werden, der von der grünen Landesversammlung am 17. Juni 1990 in Hannover mehrheitlich angenommen wurde. Am 19. Juni wurden die Koalitionsvereinbarungen unterzeichnet. **SPD und Grüne stellten die neue Landesregierung**. Unter Ministerpräsident Gerhard Schröder ver- fügten die Grünen mit **Waltraud Schoppe** (Frau- enpolitik) und **Jürgen Trittin** (Bundes- und Euro- paangelegenheiten) über zwei Minister sowie drei Staatssekretäre. Fraktionsvorsitzende wurde **Thea Dückert**. Weitere Mitglieder der grünen Landtags- fraktion waren z. B. Andrea Hoops, Hannes Kempmann und Pico Jordan.





Das SPD/Grüne Kabinett 1990 mit Ministerpräsident Schröder (1. Reihe) sowie den Grünen MinisterInnen Waltraud Schoppe (1. Reihe, 2. v.r.) und Jürgen Trittin (2. Reihe 1. v. r.), Foto: Barbara Hausberger, dpa



Die Minister
Jürgen Trittin
und
Waltraud Schoppe,
darunter die
grünen
Staatssekretäre:



StS. Christa
Karras, Frauen



StS. Renate
Jürgens-Pieper,
Kultus



StS. Peter Bulle,
Umwelt



StS. Jan Hendrik
Horn, Umwelt
Nachfolger von
P. Bulle



**Grüne Landtags-KandidatInnen (LV), unten benannt: spätere MdL
1990-1994**

von links: LV, Kalle Puls, Doris Herrmann, Pico Jordan, (spätere Staatssekretärin Renate Jürgens-Pieper und Staatssekretärin Christa Karras), Thea Dückert, LV, LV, Andrea Hoops, Hannes Kempmann, Norbert Roske (nachgerückt für Doris Herrmann), LV, LV

Nach dem Wechsel von der Oppositions- zur Regierungspartei gab es Konflikte um die Durchsetzung grüner Programmatik in der Regierung, wie etwa den Streit um die Daimler-Benz-Teststrecke und die Europipe im Wattenmeer.

Unter der rot-grünen Landesregierung wurde 1994 das **Niedersächsische Gleichstellungsgesetz** erlassen, das darauf abzielt, die Unterrepräsentanz von Frauen in Institutionen und Gremien aufzuheben. Ebenfalls Ergebnis der damaligen rot-grünen Koalition ist das **Frauenbeauftragtengesetz**, das die institutionelle Verankerung von Fraueninteressen in den niedersächsischen Kommunen sichert.

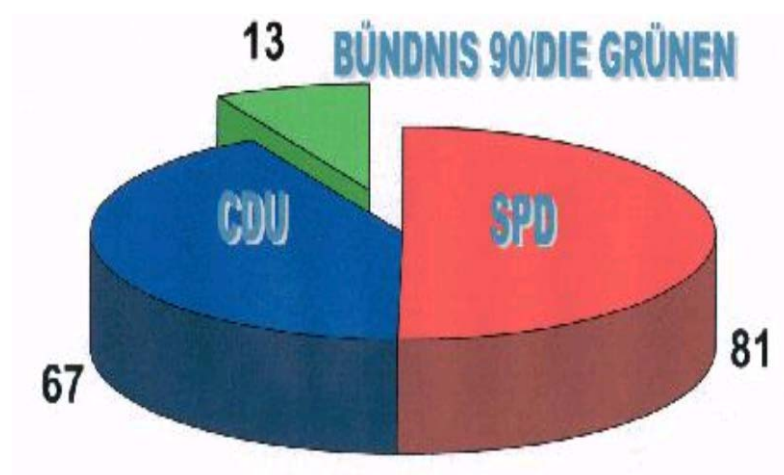
Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD) und die Grünen-Fraktionsvorsitzende Thea Dückert zeigen, wo es mit Rot-Grün lang geht.



FraktionsmitarbeiterInnen beim Betriebsausflug 1991

12. Opposition gegen Schröder 1994-1998

Mit **7,4% der Stimmen** konnten Bündnis 90/Die Grünen bei der **Landtagswahl am 13. März 1994** sogar 13 Abgeordnete ins Parlament schicken. Die **Alleinregierung der SPD** unter Ministerpräsident Gerhard Schröder konnte damit jedoch nicht verhindert werden. Bündnis 90/Die Grünen machten wieder Oppositionspolitik. Bekanntere Abgeordnete der grünen Fraktion waren Rebecca Harms, Andrea Hoops, Pico Jordan und Jürgen Trittin, der jedoch kurze Zeit später als Bundesvorstandssprecher nach Bonn wechselte.



Wichtige Themen in der Zeit waren die ersten **Castor-Transporte nach Gorleben** (1995) und die Proteste dagegen, die **Chaos-Tage in Hannover** (1995 und 1996) und die Auseinandersetzungen über das **Emssperrwerk**.

Nach der Landesdelegiertenkonferenz in Uelzen am 21. Mai 1995 trat eine **neue Rotationsregelung** der Grünen in Kraft. Bisher mussten die Abgeordneten nach zwei Wahlperioden ihr Amt abgeben. Die neue Regelung sieht vor, dass eine dritte Legislaturperiode möglich ist, jedoch nur mit einer 2/3 Mehrheit der Landesdelegiertenkonferenz.



**Abgeordnete und MitarbeiterInnen der
Landtagsfraktion 1994 - 1998**

Abgeordnete von links

1. Reihe: Mitarbeiterin, Norbert Roske, Andrea Hoops, Heidi Lippmann-Kasten, Mit-
arb., 2. Reihe: Pico Jordan, Silke Stokar, Mitarb., Brigitte Litfin, Mitarb., 3. Reihe: Mit-
arb., Mitarb., Mitarb., Mitarb., Mitarb., Brigitte Pothmer, letzte Reihe: Jürgen Trittin,
Mitarb., Erich von Hofe, Michel Golibrzuch, Mitarb., Mitarb., Rebecca Harms, Mitarb.,
Mitarb., Mitarb.

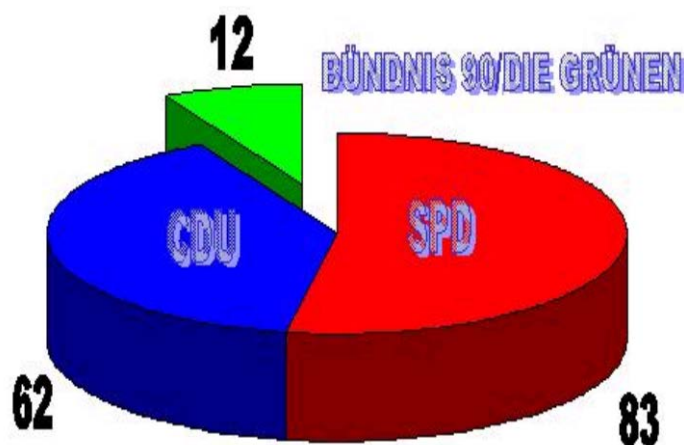


Grüne Fraktion bei Stunkparade im Wendland

13. Ein neuer Anlauf 1998-2003

Bei der **Landtagswahl am 1. März 1998** erreichten Bündnis 90/Grünen **7,0% der Stimmen** und zogen mit zwölf Abgeordneten in den niedersächsischen Landtag ein. Die SPD mit Ministerpräsident Gerhard Schröder erreichte die absolute Mehrheit. Mitglieder der grünen Fraktion waren unter anderem Rebecca Harms, Enno Hagenah, Brigitte Pothmer, Michel Golibrzuch und Thomas Schröder. Anfang 1999 trat der Abgeordnete Schwarzenholz aus der grünen Fraktion aus und wechselte zur PDS. Dadurch hatten die Grünen nur noch elf Abgeordnetenmandate.

Als Gerhard Schröder 1998 als Bundeskanzler nach Berlin ging, wurde **Gerhard Glogowski neuer Ministerpräsident in Niedersachsen**. Ein Jahr später, am 26. November 1999, trat Glogowski nach dem Vorwurf der Vorteilsnahme im öffentlichen Amt zurück. **Sein Nachfolger wurde Sigmar Gabriel**.



Von Juni bis Oktober 2000 fand die **Weltausstellung „EXPO 2000“** in Hannover statt. Sie erbrachte ein Finanzloch von über 2 Milliarden DM. Die Grünen begleiteten die Veranstaltung kritisch und eröffneten das „green expo office“ in Hannovers Innenstadt.

Die **Schulpolitik** wurde zu einem wichtigen Thema in Niedersachsen, als nach der **PISA-Studie** erhebliche Mängel im Bildungssystem festgestellt wurden. Auch die **Verschuldung des Landes und Umweltprobleme** gehörten zu den zentralen Landesthemen.



Die 11 Abgeordneten

Von links, vorne: Thomas Schröder, Brigitte Pothmer, Rebecca Harms, Silke Stokar, Brigitte Litfin, Dorothea Steiner

Hinten: Hans-Jürgen Klein, Michel Golibrzuch, Stefan Wenzel, Meta Janssen-Kucz, Enno Hagenah.

Da Silke Stokar 2002 als Abgeordnete in den Bundestag ging, rückte im Oktober 2002 Georgia Langhans für sie in den Landtag nach.

Der Fraktionsvorsitzenden **Rebecca Harms** gelang es 2002, mit einer 2/3 Mehrheit für eine dritte Legislaturperiode aufgestellt zu werden. Damit wurde zum ersten Mal die neue Rotationsregelung in Anspruch genommen. Rebecca Harms kandidiert als Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2003.



FraktionsmitarbeiterInnen und Persönliche MitarbeiterInnen



Ministerpräsident Glogowski muss wegen der sog. „Edelsause“ zurücktreten



Abgeordnete zum Tag der Niedersachsen



Ministerpräsident Gabriel als „Super-Sigi“

14. Augen auf und durch: 2003 bis 2008

Die **Landtagswahl am 2.2.2003** brachte einige Überraschungen. Die SPD-Alleinregierung endete, wurde allerdings nicht von rotgrün, sondern von einer CDU/FDP-Regierung abgelöst. Christian Wulff von der CDU wurde Ministerpräsident. Die Grünen erzielten nichtsdestotrotz mit **7,6% der Stimmen** ihr bestes jemals in Niedersachsen erreichtes Ergebnis und stellen 14 Abgeordnete.

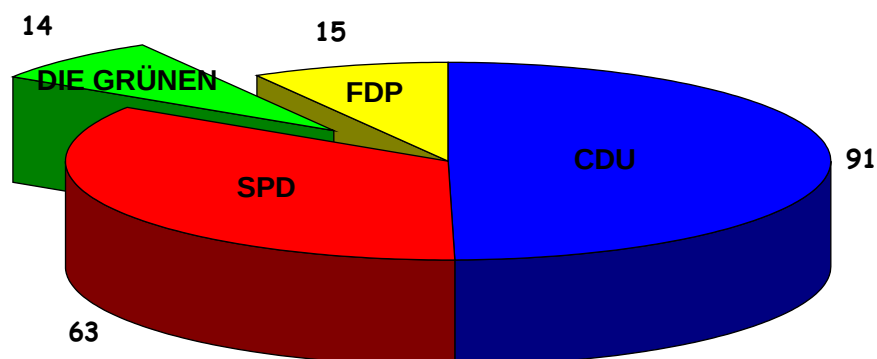
Fraktionsvorsitzende blieb bis Frühjahr 2004 Rebecca Harms. Stellvertreter waren Enno Hagenah und Dr. Hans-Albert Lennartz. Im Frühjahr 2004 wurde der Vorstand neu gewählt: Stefan Wenzel wurde Fraktionsvorsitzender, Ursula Helmhold und Ina Korter stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Rebecca Harms wurde als Spitzenkandidatin zur **Europawahl am 13. Juni 2004** (die Grünen erhielten in Niedersachsen **12,1%**) ins Europaparlament gewählt und schied im September 2004 aus dem Landtag aus. Nachrückerin war Filiz Polat aus Bramsche.



Sitzverteilung im Landtag Niedersachsen
2003

Regierung: CDU, FDP; Ministerpräsident: Christian Wulff



Die 14 Abgeordneten



Fraktion von 2003 – 2004: Von links: Georgia Langhans, Andreas Meihies, Hans-Jürgen Klein, Meta Janssen-Kucz, Dorothea Steiner, Stefan Wenzel, Ursula Helmholt, Enno Hagenah, Dr. Gabriele Heinen-Kljajic, Rebecca Harms, Hans-Joachim Janßen, Ina Korter, Dr. Hans-Albert Lennartz, Ralf Brieke

Niedersächsische Themen in der Zeit waren neben der Atompolitik vor allem die Schulpolitik, die Härtefallkommission und gentechnikfreie Landwirtschaft.

Die neue Fraktion ab September 2004 mit Filiz Polat (vorne links) als Nachrückerin für Rebecca Harms



Die CDU/FDP Landesregierung schaffte die Orientierungsstufe an Schulen ab und führte Studiengebühren ein. Die Schulden überschritten die 50 Milliarden-Grenze. Untersuchungsausschüsse zum Transrapid-Unglück und zum Jade-Weser-Port sollten für Aufklärung sorgen. Das Verfassungsgericht beanstandete vier schwarz-gelbe Gesetze.



FraktionsmitarbeiterInnen und Persönliche MitarbeiterInnen 2003



Umweltminister Sander (FDP) beim sog. Kettensägemassaker



Rebecca Harms will Kultusminister Busemann zum Schwitzen bringen

15. Grüne im Aufwind: Landtagswahl 2008

Am 27.1.2008 fanden wieder Landtagswahlen in Niedersachsen statt. Das Parlament wurde auf eigentlich auf 135 Sitze verkleinert, darunter 87 Direktmandate. Durch Überhang- und Ausgleichsmandate waren es dann aber insgesamt 152 Abgeordnete. Die CDU (42,5%) erhielt 68 Abgeordnete, die SPD (30,3%) 48 Abgeordnete, FDP (8,2%) 13 Sitze, die Grünen mit 8,0% 12 Abgeordnete und erstmals die Linke mit 7,1% 10 Abgeordnete. Eine Abgeordnete (über Linke gewählt) war fraktionslos.

Die CDU/FDP-Landesregierung stellte mit Christian Wulff (CDU) wieder den Ministerpräsidenten.

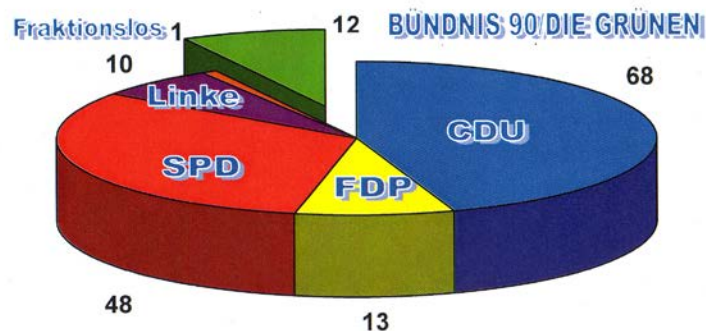


Ereignisse in dieser Zeitspanne waren die Weltfinanzkrise, die Atomkatastrophe von Fukushima (11.3.2011) oder die Auseinandersetzung um Stuttgart 21. Niedersächsische Themen waren der

Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Asse, der Jade-Weser-Port, Widerstand gegen Massentierhaltung, Streit um das sog. Turbo-Abi nach 12 Jahren Schule, Diskussionen über Neubau oder Umbau des Plenarsaales sowie häufige Wechsel in der Landesregierung.

Sitzverteilung im Landtag Niedersachsen 2008

Regierung: CDU/FDP, Ministerpräsident: Christian Wulff (CDU), ab 2010 David McAllister (CDU)



Nach Fraktionswechsel einer Abgeordneten von der SPD zur CDU ab 2009: CDU 69, SPD 47 Sitze

Die Grüne Fraktion 2008



Die Abgeordneten:

hintere Reihe von links: Ralf Briesse, Stefan Wenzel, Helge Limburg, Miriam Staudte, Hans-Jürgen Klein, Elke Twesten, Christian Meyer, Enno Hagenah, vorne: Filiz Polat, Ursula Helmhold, Gabriele Heinen-Kljajic, Ina Korter

Bei den Grünen wurden 2008 in den Fraktionsvorstand gewählt:

Gabriele Heinen-Kljajic, Stefan Wenzel (Vorsitzender), Ursula Helmhold und Miriam Staudte



Die Grüne Fraktion stellte 2008 mit Helge Limburg den jüngsten Abgeordneten (25 Jahre). Auch das Durchschnittsalter der grünen Fraktion war mit 42 Jahren das niedrigste (Stand 2008) im Landtag.

Im Sommer 2010 verzichtete Ministerpräsident Christian Wulff auf sein Amt, um Bundespräsident zu werden (2012 musste er wieder zurücktreten). Neuer Ministerpräsident in Niedersachsen wurde 2010 David McAllister (CDU).

Im August 2010 wurde der grüne Fraktionsvorstand neu gewählt: Stefan Wenzel wieder als Fraktionsvorsitzender und seine drei StellvertreterInnen: Christian Meyer, Miriam Staudte und Gabriele Heinen-Kljajic.



Nachtrag:

Landtagsfraktion 2012

Für den verstorbenen Abgeordneten Ralf Briese ist im November 2011 Meta Janssen-Kucz (6. von rechts) aus Leer nachgerückt.



Wir sind fassungslos.

Ralf Briese ist tot.

Er war und bleibt unser Freund.

Er war kein Snacker. Er redete niemandem nach dem Mund. Sein Wort hatte Gewicht. Seit 2003 gehörte Ralf der Landtagsfraktion an. Erst als Rechts-, später als Innenpolitiker. Demokratie war sein Herzensanliegen, seine Leidenschaft, ein bedrohter Traum, der Streiter wie ihn braucht. Show war nicht sein Ding. Das Authentische, das hat er geliebt. Streiten und Ringen um den richtigen Weg, das tat er gern. Er sah sich als Agnostiker*, als Suchender, als Forschender, Reisender, Wanderer auf der Suche nach einer besseren Welt, einfach echter und gerechter. Er war so erfrischend provokativ mit seinem fast hemmungslosen Humor und seiner abgrundtiefen Ernsthaftigkeit. Er kannte das Schwarze und das Weiße, die Nacht und den Tag, die Höhen und Tiefen, die Facetten hat er erlebt und gelebt. Verdammt noch mal, lieber Freund, du wirst uns fehlen. Schon heute, schon gestern. Take care, reise leicht, see you! Deine Freunde und Kollegen, deine Landtagsfraktion

*Protagoras, vorsokratischer Philosoph der griechischen Antike: „Was die Götter angeht, so ist es mir unmöglich, zu wissen, ob sie existieren oder nicht, noch, was ihre Gestalt sei. Die Kräfte, die mich hindern, es zu wissen, sind zahlreich, und auch ist die Frage verworren und das menschliche Leben kurz.“



Protest gegen Massentierhaltung



FraktionsmitarbeiterInnen und Persönliche MitarbeiterInnen 2008



Protest in Gorleben

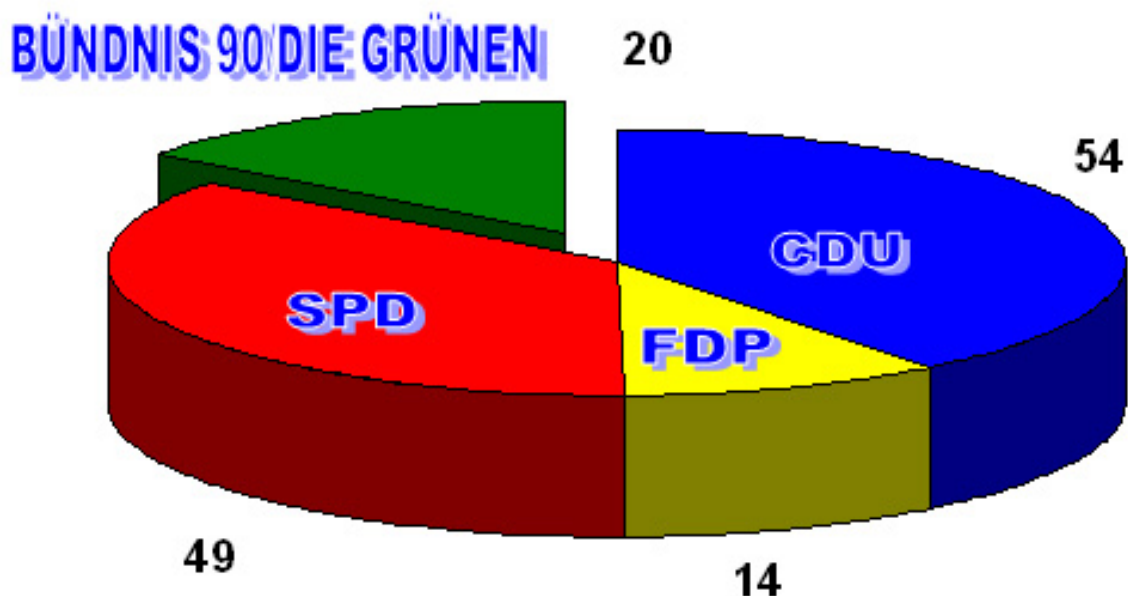


Ex-Ministerpräsident und Bundespräsident Wulff muss wegen der sog. Filzaffäre zurücktreten



16. Rot-Grün regiert wieder: Landtagswahl Niedersachsen 2013

Bei der Landtagswahl am 20.1.2013 wurde die schwarz-gelbe Landesregierung abgewählt. Die Grünen erhielten mit 13,7% ihr mit Abstand bestes Ergebnis und hatten gegenüber 2008 noch einmal um 5,7 Prozentpunkte zugelegt. Die 20 Grünen-Abgeordneten bilden zusammen mit den 49 SPD-Abgeordneten (32,6%) die neue Regierung mit dem Ministerpräsidenten Stephan Weil (SPD). Rot-Grün kommt mit 69 Mandaten auf eines mehr als CDU (36,0% und 54 Abgeordnete) und FDP (9,9% und 14 Abgeordnete). Der neue Landtag verfügt über 137 Abgeordnete.



Neuer Ministerpräsident ist Stephan Weil von der SPD. Die vier **grünen MinisterInnen** sind: **Stefan Wenzel (Umwelt)**, **Christian Meyer (Landwirtschaft)**, **Gabriele Heinen-Kljajic (Wissenschaft)** und **Antje Niewisch-Lennartz (Justiz)**.



Foto Walter Schmidt/Novum

Das neue Landeskabinett mit Ministerpräsident Stephan Weil (vorne, Mitte) und mit den grünen MinisterInnen: 1. Reihe 1. v.l. Antje Niewisch-Lennartz (Justiz) und Gabriele Heinen-Kljajic (Wissenschaft, 3. v.l.), in der 2. Reihe Christian Meyer (Landwirtschaft, 2. v.l.) und Vize-Ministerpräsident Stefan Wenzel (Umwelt, 4.v.l.)

Dazu kommen noch die grünen Staatssekretäre. Im Umweltministerium: Almut Kottwitz, im Wissenschaftsministerium: Andrea Hoops, im Landwirtschaftsministerium: Udo Paschedag bis Sommer 2013, danach Horst Schörshusen und im Justizministerium Wolfgang Scheibel (parteilos) bis 2015, danach Stefanie Otte.



ML-StS Udo
Paschedag



MJ-StS Wolf-
gang Scheibel



MU-StS Almut
Kottwitz



MWK-StS
Andrea Hoops

Die neue grüne Fraktion 2013

Der neuen Grünen Fraktion gehören als Abgeordnete an:

vorne v.l.: Maaret Westphely, Gerald Heere, Julia Hamburg, Susanne Menge, Filiz Polat, Ina Korter, Gabriele Heinen-Kljajic, Anja Piel,

hinten v.l.: Miriam Staudte, Helge Limburg, Elke Twesten, Ottmar von Holtz, Hans-Joachim Janßen, Volker Bajus, Stefan Wenzel, Heiner Scholing, Christian Meyer, Belit Onay, Meta Janssen-Kucz, Thomas Schremmer.



Foto: Sebastian Kahnert

Wichtigste Ziele der Fraktion sind: Abkehr vom Turbo-Abi und mehr Gesamtschulen, Abschaffung der Studiengebühren, Stärkung des Ökolandbaus, Massentierhaltung Grenzen setzen, keine Gentechnik, Neustart in der Endlagersuche, faire Löhne, eine humanitäre Flüchtlingspolitik, Wiedereinführung der Stichwahl und mehr BürgerInnenbeteiligung und ein Informationsfreiheitsgesetz.

In den neuen **Fraktionsvorstand** wurden 2013 gewählt:

Fraktionsvorsitzende Anja Piel (3. v.l.) sowie als StellvertreterInnen (v.l.) Helge Limburg (Parlamentarischer Geschäftsführer), Meta Janssen-Kucz, Miriam Staudte, Thomas Schremmer und Filiz Polat.



FraktionsmitarbeiterInnen

Die FraktionsmitarbeiterInnen und die Persönlichen Mitarbeiter 2013



Änderung in der Fraktion: 2014 rückte für Ina Korter neu Regina Asendorf (4.v.l.) nach.



Foto: Sebastian Kahnert

Neuer Fraktionsvorstand 2015

v.l.: Gerald Heere, Filiz Polat, Helge Limburg, Anja Piel (Vorsitzende), Ottmar von Holtz, Miriam Staudte



Grüne Ziele und Erfolge von Rot-Grün (Zweieinhalb Jahres-Bilanz:

- Abschaffung der Studiengebühren
- Stärkung des Ökolandbaus
- Massentierhaltung eingrenzen
- keine Gentechnik in der Landwirtschaft Neustart in der Endlagersuche
- faire Löhne
- Einführung eines Landesvergabe-gesetzes
- Abkehr vom Turbo-Abi
- Gesamtschulen
- humanitäre Flüchtlingspolitik
- Wiedereinführung der Stichwahl in der Kommunalpolitik
- mehr BürgerInnenbeteiligung
- Informationsfreiheitsgesetz

17. Quellen

- Anna Hallensleben: Von der Grünen Liste zur Grünen Partei? Die Entwicklung der Grünen Liste Umweltschutz von ihrer Entstehung in Niedersachsen 1977 bis zur Gründung der Partei DIE GRÜNEN 1980. Zürich 1984.
- Frank Schnieder: Von der sozialen Bewegung zur Institution? Die Entstehung der Partei DIE GRÜNEN in den Jahren 1978 bis 1980. Argumente, Entwicklungen und Strategien am Beispiel Bonn/Hannover/Osnabrück. Münster 1998.
- Christoph Hohlfeld: Grüne Eintracht Niedersachsen; in: Joachim Raschke: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind. Köln 1993. S. 348-359.
- Joachim Raschke: Die Zukunft der Grünen. Frankfurt/Main 2001
- Deutsche Presse-Agentur (Hrsg.): Von den Bürgerinitiativen zu den „Grünen“. Die Politisierung der Umweltschutzbewegung. Hamburg 1978.
- Deutsche Presse-Agentur (Hrsg.): Die Grünen. Von Bürgerinitiativen zur Bundespartei. Hamburg 1980.
- Handbücher des Landtags Niedersachsen
- Privatmaterial

Zu dieser Datei gibt es auch eine Power Point Präsentation.

<http://www.fraktion.gruene-niedersachsen.de/fraktion/geschichte.html>

Textgrundlage: Jessica Fink, Jonny Peter, Oktober 2002

letzte Aktualisierung: Juni 2016

Kontakt: Jonny Peter, Tel.: 0511-3030 4207

E-Mail: Jonny.Peter@lt.niedersachsen.de